



ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der Ickinger SPD

24. Jahrgang, September 2005; Nr. 75

Liebe Nachbarn, verehrte Mitbürger!

„Wer die Wahl hat, hat die Qual!“

Wir haben, abgesehen vom Bundesverfassungsgericht, am 18. September 2005 eine verfassungsgemäße Wahl. Aber diese Wahl bedeutet wie keine andere vorangegangene Bundestagswahl für viele Bundesbürger eine ganz besondere Qual. Anders wäre es nicht erklärlich, dass - nach einem Bericht in der Süddeutschen Zeitung vom 01.09.2005 - allein in München wohl um die 150.000 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger am 18. September kein Kreuzchen machen werden auf dem Bundestagswahlzettel, weder für die einen noch für die anderen und das nicht weil sie keine Lust oder kein Interesse an Politik hätten. Im Gegenteil: Wir haben es mit einer wachsenden Zahl von kritischen Wählerinnen und Wählern zu tun, die bei einer Wahl nach Alternativen Ausschau halten und Politiker danach beurteilen, wie

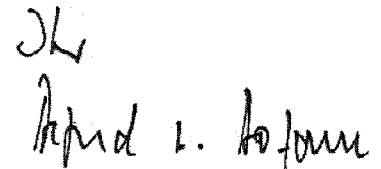
qualifiziert sie für die vor uns liegenden Herausforderungen sind. Bei dieser Beurteilung kommt erschwerend das schwindende Vertrauen in unsere Politiker hinzu.

Die Wähler fühlen sich von den Politikern, die sie wählen sollen, nicht mehr richtig vertreten. Von vielen wird beklagt, dass sich die politischen Parteien gar nicht mehr um ihre Wähler kümmern.

Eine rühmliche Ausnahme

ist sicherlich unser Bundestagsabgeordneter Klaus Bartel. Er kümmert sich wie kein anderer nicht nur um die Basis seiner eigenen Partei sondern um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises. Klaus Bartel hat als langjähriger, immer wieder durch seine Kritik auffallender Bundestagsabgeordneter politische Erfahrungen gesammelt, die Verlässlichkeit und Vertrauen schaffen.

Wir möchten ihn daher zu Wort kommen lassen und haben ihn gebeten, eine kritische Gegenüberstellung dessen was ist und was möglicherweise nach dem 18. September auf uns zukommt, vorzunehmen, um so die Qual bei der Wahl zu lindern. Vielleicht gelingt es uns ja, die Zahl der Nichtwähler in Icking so gering wie möglich zu halten.



Alfred von Hofacker

IMPRESSUM

Der Schaukasten wird herausgegeben vom Ortsverein Icking der SPD.
V.i.S.d.P.: Redaktion: L. Haeberlein, A. v. Hofacker, G. Jakobi, E. u. R.v. Savigny.
Auflage: 1200 Stück gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.
Druck: Fa. Petzmann, Wolfratshausen

Mit Merkel und Hurra zurück in die Vergangenheit?

Von Klaus Barthel, Mitglied des Deutschen Bundestags

Fortschritt statt Schwarz-Gelb: Deutschland kann sich keinen Regierungswechsel leisten

Der Deutsche Bauernverband jubelt und hofft auf eine schwarz-gelbe Regierung. Er erwartet sich neue Subventionen für die Bauern und weniger Naturschutz. Die großen Energie-Konzerne hoffen auf lange Laufzeiten für alte Atomkraftwerke, die Frau Merkel ihnen versprochen hat. Freude herrscht in Teilen der Industrie über die Unions-Aussage, den Klimaschutz in Frage zu stellen. Auch Präsident Bush ist erwartungsfroh, denn Merkel und Stoiber wollen Deutschland wieder zum treuen US-Verbündeten machen.

Sie alle freuen sich zu früh. Die Wahl ist noch nicht entschieden. Während die Union mit Einheitssteuer, Mehrwertsteuer und Kopfpauschale umverteilen will, setzt die SPD mit Gerhard Schröder auf die Bürgerversicherung und gerechte Steuern zur Finanzierung von Spitzenforschung und Kinderbetreuung.

Die SPD und die Reformen – nicht der bequemste aber der zukunftsweisende Weg

Die SPD-geführte Bundesregierung hat vieles erreicht. Merkel, Stoiber und Westerwelle arbeiten gegen diese Fortschritte. Sie wollen zurück in die Vergangenheit:

Die Regierung Schröder hat den Ausstieg aus der Atomenergie und den Einstieg in die umweltfreundliche Energieerzeugung durchgesetzt. Deutschland ist heute der Weltmarktführer bei erneuerbaren Energien. Angela Merkel, die CDU/CSU und Westerwelles FDP

wollen trotzdem wieder zurück zur Atomkraft.

Das hatten wir fast vergessen

Nach Rinderwahnsinn und anderen Lebensmittel-Skandalen in Europa hat die rot-grüne Bundesregierung der Landwirtschaftspolitik eine neue Richtung gegeben: Verbraucherschutz und naturnahe Landwirtschaft lauten die Ziele. Die CSU will zurück zur alten Landwirtschaftspolitik mit Massenproduktion, Massentierhaltung und hohen Subventionen. Union und FDP wollen der kommerzielle Gentechnik die Türen in die Landwirtschaft öffnen.

Freundschaft statt Gefolgschaft

Die Regierungskoalition unter Gerhard Schröder hat den Irak-Krieg strikt abgelehnt. Sie hat sich im Sicherheitsrat gegen die amerikanischen Pläne gewandt. Angela Merkel, Edmund Stoiber und fast alle CSU-Politiker haben sich dagegen hinter Bush gestellt. Sie waren bereit, den USA "in letzter Konsequenz" mit Soldaten in den Irak zu folgen. Im Falle eines Regierungswechsels wollen sie Deutschland wieder zum immer treuen US-Verbündeten machen. Zu den Bush-Drohungen gegenüber dem Iran gibt es eine Vielzahl verschiedener Unions-Aussagen. Nur eines fehlt: eine klare Ablehnung jeglicher Kriegsmaßnahmen.

Die Geschehnisse zeigen: Umweltpolitik war nie dringlicher als jetzt

Die rot-grüne Regierung hat einen neuen Kurs in der Umweltpolitik eingeschlagen: mehr Klima- und

Naturschutz, mehr Energiesparen und erneuerbare Energien. Die Union will das Gegenteil: Das Kyoto-Klimaschutzprotokoll soll "auf den Prüfstand". Angela Merkel meint, der Klimaschutz belaste die Wirtschaft zu stark. Immer häufiger wiederkehrende Hochwasser und Hurrikans wie Katrina sind für sie offensichtlich kein Grund zur Besorgnis.

Steuerpolitik – ist auch Sozialpolitik

Die Bundesregierung hat eine große Steuerreform durchgesetzt. Die Steuersätze wurden durchgängig verringert. Der Eingangsteuersatz sank von knapp 26 Prozent unter Waigel auf 15 Prozent. Der Spitzensteuersatz wurde auf 42 Prozent gesenkt, Familien wurden erheblich entlastet. Viele Steuersubventionen wurden abgebaut und Steuerschlupflöcher geschlossen. Die Union hat den Abbau von Steuerprivilegien im Bundesrat verzögert und blockiert. Nach jahrelanger Blockade wollen Merkel und die Union nun eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Radikalreform der Einkommenssteuer. Die Einheitssteuer Kirchhofs soll durch eine höhere Belastung von Normalverdienern und Arbeitnehmern finanziert werden. Trotzdem klafft ein gewaltiges Finanzloch. Das historische Vorbild ist die US-Steuerreform unter Präsident Reagan, die die Superreichen noch reicher und das Land arm gemacht hat. Die Staatsverschuldung der USA explodierte. Die Parallele ist offensichtlich. Das radikale Steuermodell von Kirchhof würde allein im ersten Jahr zu Steuerausfällen von 43 Milliarden Euro führen. Das Deutsche Institut für Wirt-

schaftsforschung rechnet mit dauerhaft niedrigeren Staatseinnahmen (minus 1 Prozent und mehr des Bruttoinlandprodukts), ohne dass nachweisbar neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Das Ergebnis wäre ein handlungsunfähiger Staat, der kein Geld mehr für sinnvolle Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Umweltschutz und Verkehr hätte.

Gesundheit – nicht nur für Reiche

Die Bundesregierung hat in einer Gesundheitsreform Kosten und Beiträge der Krankenkassen stabilisiert. Leider haben CDU/CSU und FDP im Bundesrat Reformen zulasten der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Pharmaindustrie blockiert und weitere Beitragsenkungen verhindert. Jetzt planen sie einen radikalen Systemwechsel. Die Union will die Kopfpauschale, bei der Chefarzt und Krankenschwester den gleichen Beitrag zahlen. Ein Sozialausgleich soll mit hohem bürokratischem Aufwand über das Steuersystem erfolgen. Das Modell weist bei einem Beitrag von 250 Euro pro Kopf eine Finanzierungslücke von 30 bis 40 Milliarden Euro auf. Erhebliche Leistungskürzungen wären vorprogrammiert. Die FDP fordert die Abschaffung der gesetzlichen Krankenkassen und will alle privat versichern.

Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik auf den Reformweg gebracht

Die SPD hat in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Die Union behauptet heute: Deutschland ist ein Sanierungsfall. Diese

Meinung wird im Ausland glücklicherweise nicht geteilt. Der "Economist" stellt Deutschland ein gutes Zeugnis aus. Trotzdem schadet die substanzlose

Schwarzmalerei von CDU/CSU und FDP.

Sie verschlechtert die Stimmung, schreckt Investoren ab und kostet Arbeitsplätze. Das stört die schwarz-gelbe Opposition nicht. Ihr verzerrtes Deutschland-Bild ist Teil einer verantwortungslosen Wahlkampfstrategie. Tatsache ist: Deutschland war unter Kohl ein Sanierungsfall. Die notwendigen Reformen hat erst die Regierung Schröder begonnen. Die Erholung dauert an, sie kommt auch voran. Heute ist die deutsche Wirtschaft wieder Exportweltmeister. Der Wirtschaftsstandort ist wettbewerbsfähiger als unter CSU und FDP. Deutsche Forscher haben im letzten Jahr mehr Patente angemeldet als ihre britischen und französischen Kollegen zusammen. Bis 1998 war die jährliche Neuverschuldung doppelt so hoch wie heute. Tatsache ist aber leider auch: Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor viel zu hoch. Das liegt zum Teil auch an einer neuen Statistik: Seit Anfang 2005 werden viele Sozialhilfeempfänger mitgezählt. Ohne diese Änderung wäre die Arbeitslosigkeit auf gleicher Höhe wie im Jahr 1998.

Fortschritt statt Rückschritt und Umverteilung:

Die SPD will mit der Bürgerversicherung neue Wege beschreiten. In der Bürgerversicherung werden alle Menschen unabhängig vom Beruf versichert. Die freie Wahl

der Krankenkasse, egal ob gesetzlich oder privat, ist möglich. Die Beiträge werden durch die Einbeziehung von Kapitaleinkommen bei ausreichenden Freibeträgen deutlich sinken. Die SPD will durch eine gerechte Steuerpolitik die staatliche Investitionsfähigkeit erhalten – ohne einseitig umzuverteilen wie Merkel und Kirchhof. Nur so ist zum Beispiel die Förderung der deutschen Spitzenforschung mit 1,3 Milliarden Euro nicht zu finanzieren. Die SPD will die Kinderbetreuung weiter ausbauen. Nach 4 Milliarden Euro für die Ganztagschulen ist der Ausbau der Kinderbetreuung für die 2 bis 6 Jährigen und der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz das nächste Ziel. Schrittweise soll auch die Gebührenfreiheit kommen. Damit garantieren wir eine qualitativ hochwertige Betreuung und schaffen die Möglichkeit, dass Mütter und Väter arbeiten können. Merkel, Stoiber und Kirchhof dagegen setzen auf die traditionelle Hausfrauen- und Mutterrolle. Die Zukunftsfrage der Kinderbetreuung spielt im Wahlprogramm der Union keine Rolle.

Wer genau hinsieht, erkennt, was am 18. September auf dem Spiel steht. CDU/CSU und FDP sind eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sie stellen wesentliche Erfolge in der Umwelt-, Gesundheits- Verbraucherschutz- und Steuerpolitik in Frage. Schwarz-Gelb unter Merkel will zurück in die Vergangenheit.

Deswegen ist die **Bundestagswahl eine Richtungswahl.**

Die SPD steht für Fortschritt und Reformen.

Am Sonntag unbedingt wählen gehen!

Warum denn jetzt schon wieder Schröder wählen?

Wieso bei vorgezogenen Neuwahlen schon wieder Schröder wählen? Warum der Aufwand? Was können Neuwahlen an Schröders Problem mit der CDU/CSU Mehrheit im Bundesrat ändern?

Die Bundesregierung steht innenpolitisch vor vier zentralen Aufgaben:

- sie muss Wachstum, also Produktivität und Beschäftigung fördern,
- sie muss die richtige Alterspyramide in die Sicherungssysteme (Renten und Pensionen) einpflegen,
- sie muss das Gesundheitssystem weiter reformieren,
- ebenso das Steuersystem.

Schröder hat mit Hartz IV und der Agenda 2010 erste Schritte getan – trotz heftigem Widerstand in der Opposition und manchmal mit

Bauchschmerzen in Teilen der eigenen Partei. Er scheut auch bei der Gesundheitsreform bislang keine Konfrontation mit reinem Besitzstandsdenken.

Das man gerade bei Alterssicherung und Steuern viel falsch machen kann, hat die Regierung Kohl bei der Deutschen Einheit bereits bewiesen – vergleichsweise zu hohes ostdeutsches Rentenniveau und falsche Steuerimpulse für Immobilien waren die Folge. Und auch jetzt – kurz vor der Wahl – fehlen bei der Union klare Positionen, dafür gibt es umso mehr Gezänk.

Keiner gibt Deutschland seinen Status von vor 25 Jahren wieder. Jedoch haben andere europäische Nachbarn bereits in den neunziger Jahren mit notwendigen Reformen

begonnen und sind deshalb in Produktivität, Dynamik und Anpassungsbereitschaft bereits weiter als wir.

Es nützt auch nichts, allen Ärger nur auf die Globalisierung zu schieben – es kommt darauf an, ihre Folgen in den Griff zu bekommen. Dafür braucht eine Regierung einen klaren Auftrag der Wähler – um im Konflikt mit den Bundesländern Kompetenz zeigen zu können und die begonnenen Reformen – sozialverträglich(!) - erfolgreich auch in Deutschland so schnell wie möglich umzusetzen.

Für diesen Reformkurs steht die SPD und ihr Kanzler Schröder und deshalb müssen wir ihn mit der Neuwahl stärken.

Lisa Haerberlein

So wählen sie richtig!

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag
im Wahlkreis 225 Starnberg
am 18. September 2005

Sie haben 2 Stimmen



hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer Wahlkreisabgeordneten

Erststimme

1	<input type="radio"/>	CSU Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	<input type="radio"/>
2	<input checked="" type="radio"/>	Klaus Barthel SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<input checked="" type="radio"/>
3	<input type="radio"/>	GRÜNE	<input type="radio"/>



hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
– maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien –

Zweitstimme

<input type="radio"/>	CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. <small>Dr. Edmund Stoiber, Michael Glas, Markus Eichinger, Dr. Günther Beck- stein, Horst Seehofer</small>	1
<input checked="" type="radio"/>	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands <small>Ludwig Stiegler, Renate Schmidt, Olaf Schily, Susanne Kastner, Walter Krißow</small>	2
<input type="radio"/>	GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <small>Claudia Roth, Hans-Joachim Fell, Christine Scheel, Jerzy Morawig,</small>	3